

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

her werden die aktuellen Entwicklungen zum Thema Migration und Flucht in Europa in den thailändischen Medien und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Lediglich Tragödien mit erheblichem Ausmaß, wie beispielsweise die Schiffsunglücke mit Flüchtlingen im Mittelmeer, werden in den thailändischen Medien erwähnt. Hierbei wird jedoch meist ohne politische Wertung berichtet.

Außenpolitisch gibt es keine Positionierung der thailändischen Regierung zum Umgang mit Flüchtlingen und Migration in Deutschland. Seitens der großen politischen Parteien in Thailand, die seit dem Militärputsch im Jahr 2014 nicht mehr in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind, gibt es keine wahrnehmbare und klare Positionierung zu diesem Thema.

Thailand hat eine extrem niedrige Arbeitslosenquote, die seit Jahren unter einem Prozent liegt. Ebenso ist Thailand eine alternde Gesellschaft, die bereits in wenigen Jahren mit einer zurückgehenden Anzahl an Erwerbstätigen und einer steigenden Anzahl an Rentnern konfrontiert sein wird. Daher gibt es bereits jetzt zahlreiche Gastarbeiter, vor allem aus den ärmeren Nachbarländern Myanmar, Laos und Kambodscha, in Thailand. Diese arbeiten überwiegend im Niedriglohnbereich und sind oft schlecht qualifiziert. Mit dem Beginn der „ASEAN Economic Community“ Ende 2015, also einer stärkeren wirtschaftlichen Integration der zehn südostasiatischen Staaten, soll auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für qualifizierte Arbeitskräfte im gesamten ASEAN-Raum erleichtert werden.

Darüber hinaus gilt Thailand auch als Transitland für Angehörige der Minderheit der Rohingya, die von Myanmar meist in andere ASEAN-Länder mit muslimischer Bevölkerung, wie beispielsweise Malaysia oder Indonesien flüchten. Hierüber wurde auch international berichtet, als im Laufe dieses Jahres mehrere Massengräber mit auf der Flucht in Thailand gestorbenen Rohingya-Flüchtlingen entdeckt wurden. Ebenso wurde im Laufe dieses Jahres über mehrere überfüllte Boote mit Rohingya-Flüchtlingen berichtet, die teilweise manövrierunfähig und ohne ausreichende Vorräte vor der thailändischen Westküste in der Andamanensee trieben. Aufgrund dieser Berichterstattung wurde auf Thailand international Druck ausgeübt, die Situation dieser Flüchtlinge zu verbessern. In einer im Mai in Bangkok durchgeführten Flüchtlingskonferenz, an der die Vertreter von insgesamt 17 Nationen teilgenommen haben, hat sich Thailand zu humanitärer Hilfe bereit erklärt. Seither ist die mediale und politische Aufmerksamkeit zu diesem Thema wieder stark gesunken.

Vietnam

Rabea Brauer (27.08.2015)

Die Flüchtlingsproblematik in Europa wurde in vietnamesischen Medien bisher nicht kommentiert. Bei der Berichterstattung werden ausschließlich Berichte von Agenturen (AFP, Reuters) übernommen. Eine Umfrage des Auslandsbüros unter einigen Journalisten und Politikern aus der Nationalversammlung hat folgendes ergeben:

Man traut Deutschland zu, die Migrationsproblematik zu lösen und angemessen auf die Flüchtlingsströme zu reagieren. Die humanitäre Hilfe, die derzeit in Deutschland geleistet wird, wird mit Hochachtung zur Kenntnis genommen.

Europa sollte stärker zusammenarbeiten, um Lösungen zu finden. Aus Sicht der Befragten sei es verwunderlich, dass die vermeintlich strengen Einwanderungsgesetze nicht angewandt und Flüchtlinge somit in Warteschleifen gehalten werden, anstatt sie nach geltendem Recht schnell abzuschieben

Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) äußert sich offiziell nicht zur derzeitigen Flüchtlingsproblematik in Europa. Auch innerparteilich spielt dieses Thema keine Rolle.

Innerhalb der ASEAN ist Migration sehr wohl ein Thema. Auch Vietnam fürchtet Migrationsströme nach Inkrafttreten der ASEAN Economic und Cultural Community-Abkommen. Das Schwellenland sieht mit (übertriebener) Sorge die möglichen Wanderarbeiterströme (Ar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

mutsflüchtlinge) aus Kambodscha oder Laos, denen es ab Januar 2016 erlaubt sein wird, im ASEAN-Raum Arbeit zu suchen. Gleiches – politisch motiviert aber unrealistisch – trifft nach Angaben der Regierung auf Wanderarbeiter aus China zu, die der wachsenden Zahl chinesischer Firmen nach Vietnam folgen und dann nicht mehr nach China zurückkehren.

Wie überall suchen die erwarteten Wanderarbeiter bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Allerdings sind die Sorgen mancher ASEAN Schwellenländer reichlich übertrieben. Die in Europa seit Jahren zu verzeichnenden Flüchtlingsströme sind in z.B. Singapur ausgeblieben, weil ein rigides Einwanderungsgesetz in vielen ASEAN Staaten Immigration und Aufenthaltsstatus regelt. Kulturelle und religiöse Unterschiede sowie wirtschaftlich gleichwertige Bedingungen verhindern zudem auch in Zukunft größere Flüchtlingsströme in der ASEAN und wahrscheinlich ebenso in Asien.

Volksrepublik China

Thomas Awe / Alexander Badenheim (27.08.2015)

Eine der wesentlichen Begleiterscheinungen von Chinas rasantem ökonomischen Aufstieg (oder vielmehr Voraussetzungen für selbigen) ist die (Binnen-)Migration großer Teile der Landbevölkerung in die urbanen Zentren. Seit den 1980er-Jahren stieg die Zahl der zumeist arbeitssuchenden Binnenmigranten – *liudong renkou* oder *nongmingong* genannt – auf ca. 270 Millionen (Stand 2014) an. Damit liegt die Anzahl der mobilen Bevölkerung Chinas über der von den Vereinten Nationen auf 214 Millionen Menschen bezifferten Zahl internationaler Migranten. Schätzungen zufolge werden bis 2025 weitere 243 Millionen chinesische Arbeitsmigranten vom Lande in die Großstädte strömen. Daneben reisen jährlich 57 Millionen Ausländer in die Volksrepublik ein, von denen etwa 633.000 (2012) im Besitz einer über ein Touristenvisum hinausgehende Aufenthaltsgenehmigung sind.

Die Flüchtlingsfrage²⁶ bedarf einer separaten Betrachtung. Gemäß Weltbank bietet China 301.052 Flüchtlingen (2014) Schutz, bei denen es sich in erster Linie um in den 1970er-Jahren aus Indochina geflüchtete ethnische Chinesen und ihre Nachkommen handelt. Darüber hinaus sind derzeit 467 Asylsuchende (2014) in China registriert. Die Dunkelziffer illegal in China lebender *Defectors* (Überläufer) aus Nordkorea liegt bei rund 200.000.

Auf makroökonomischer Ebene kann die in der Menschheitsgeschichte beispiellose Landflucht auf den Überschuss an Arbeitskräften im ländlichen Raum bei gleichzeitig überwältigender Nachfrage nach geeignetem Personal in den Städten zurückgeführt werden. Der Wunsch nach Wohlstand, besserer Bildung und einem höheren Lebensstandard ist Ansporn für Millionen von Männern und Frauen, aus dem die Einkommensschere zwischen Stadt und Land zementierenden *hukou*-Wohnsitzmeldesystem auszubrechen und ihr Glück im produzierenden Gewerbe, Bau- und Dienstleistungssektor der Megalopole Peking/Tianjin, Shanghai/Nanjing und Hongkong/Guangzhou zu suchen. Obgleich die Pekinger Regierung bestrebt ist, mit Infrastrukturprogrammen einen Teil der Migrationsströme nach Xinjiang und Tibet im Westen Chinas umzuleiten, bleibt die Anziehungskraft der reichen Küstenprovinzen für die verarmten inländischen Arbeitsmigranten ungebrochen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Urbanisierungsrate bis 2020 von 50 Prozent auf 60 Prozent ansteigen wird. Auch die sich über einen längeren Zeitraum im Land aufhaltenden Ausländer sind überwiegend in Chinas Großstädten anzutreffen. Guangzhou hat sich beispielsweise zum Hauptumschlagplatz von etwa 10.000 westafrikanischen Händlern entwickelt.

²⁶ Nach Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein Flüchtling im Unterschied zu einem Migranten eine Person, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“